



KREIS
OSTHOLSTEIN



Newsletter – 2. Quartal 2024

**Migration und Teilhabe im Kreis
Ostholstein**

Inhaltsübersicht

Aktuelles aus dem Kreis Ostholstein	3
Personelle Veränderungen	3
Neue Fachgebiete in der Kreisverwaltung Ostholstein	5
Erneuerung der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt	5
Besuch von Ministerin Touré beim Kreis Ostholstein zum Austausch zum Thema Integration und Teilhabe	6
Aktionswochen für Demokratie und bunte Vielfalt in Ostholstein	7
Fotoausstellung anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus	7
Klönschnack zum Ehrenamt im Kreis Ostholstein	8
Fachtag Sprache am 11.07.2024 in Eutin	9
Zuweisungen 1. Quartal 2024	10
Migration in Zahlen für den Zeitraum 01. Januar bis 31. März 2024	10
Aktuelles aus Schleswig-Holstein	11
Auszüge aus dem Zuwanderungsbericht Schleswig-Holstein Februar 2024	11
Was tun bei diskriminierenden Übergriffen? – Die Meldestellen für rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Schleswig-Holstein	12
Teilprojekt "Schleswig-Holstein Ahoi – Vernetzung solidarischer Flüchtlingshilfe" des Flüchtlingsrats SH e.V.	14
Aktuelles bundesweit	16
Aufenthaltsrecht für internationale Studierende	16
Staatsangehörigkeits-Modernisierungsgesetz	16
Europawahl 2024	17
Medienempfehlung	19
Podcast-Reihe „Einwanderungsland“	19
Terminkalender	19
Kontakt	26

Aktuelles aus dem Kreis Ostholstein

Personelle Veränderungen

Frau Barbara Hees übernahm am 01.02.2024 die Aufgaben als neue Koordinatorin in der Beratungsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe des Kreises Ostholstein.

Mit einem Interview stellen wir sie vor:

Frau Hees wie sah Ihr bisheriger Werdegang aus?

Hallo, und vielen Dank für die Möglichkeit mich hier vorzustellen!

Von der Ausbildung her bin ich Erzieherin und Sozialpädagogin mit Master in Erwachsenenbildung. Ich habe viele Jahre im Entwicklungsdienst in Brasilien, Guinea-Bissau und Mosambik gearbeitet, zuletzt war ich 2,5 Jahre im zivilen Friedensdienst auf Sri Lanka.

In Freiburg habe ich als Geschäftsführerin des Netzwerkes der Brasilienolidarität KoBra gearbeitet und 2015-2018 in der Pfalz eine Familienwohngruppe mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aufgebaut und geleitet.

Ich habe im Laufe der Jahre einige Fortbildungen, unter anderem im Bereich der Traumapädagogik, Kunsttherapie, Arbeit mit Geflüchteten, etc. gemacht und mich auch selbst ehrenamtlich engagiert.

Wie haben Sie sich auf die Stelle vorbereitet?

Zum einen kann ich auf langjährige Erfahrungen im interkulturellen Bereich und in der Arbeit mit Geflüchteten zurückgreifen. Da ich ganz neu in der Region bin, bin ich noch dabei mich zum einen zu vernetzen und zum anderen auch geografisch einen Überblick zu gewinnen. Also wer ist wo engagiert und mit welchen Schwerpunkten.

Wie stellen Sie sich die ideale Unterstützung der Beratungsstelle für in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich Tätige vor?

Ideal wäre natürlich die Stimmen der Ehrenamtlichen zu hören und welche Unterstützung sie konkret von der Beratungsstelle erwarten, um dem Bedarf entsprechend Angebote zu erarbeiten. Dazu möchte ich an dieser Stelle auch sehr herzlich einladen!

Aus Erfahrung weiß ich, dass eine gute Vernetzung sehr hilfreich und wertvoll sein kann, diese sollte von der Beratungsstelle gepflegt werden. Auch hier freue ich mich über Kontakte und Infos, die in das Netzwerk eingepflegt werden sollen! Aufgabe und Säulen der Beratungsstelle sind u.a.:

- Die Koordinierung und Initiierung von Projekten, Veranstaltungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Ehrenamtlichen in der Arbeit mit Geflüchteten
- Eine Intensivierung der Netzwerkarbeit mit den Akteuren der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit
- Die Organisation von Qualifizierungsmaßnahmen für die mit der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit befassten Akteure
- Qualifizierung, Information und Vernetzung vorhandener regionaler Initiativen und Organisationen

Warum ist es wichtig, die ehrenamtlich Tätigen zu beraten?

Ich bin der Meinung, dass Ehrenamtliche in der Geflüchtetenhilfe einen äußerst wichtigen Teil für eine gerechtere, vielfältige, demokratische und menschliche Gesellschaft leisten.

Bei den vielfältigen Anforderungen, Herausforderungen, auch Frustrationen und Problemen sollte Ehrenamtlichen der Rücken gestärkt und sie bei ihrem wichtigen Engagement unterstützt werden, z.B. durch Informationen, Fortbildungen, Vernetzung, Beratung.

Auch das Feiern von Erfolgen und das Teilen von Erlebnissen wie menschlichen Begegnungen, unvorhergesehenen neuen Erfahrungen etc., die Wertschätzung des Engagements und das Sichtbarmachen der Notwendigkeiten ist meiner Meinung nach wichtig, um Ehrenamtliche zu unterstützen.

Worauf freuen Sie sich im Rahmen Ihrer neuen Stelle am meisten?

Ich freue mich sehr darauf Ehrenamtliche, NetzwerkerInnen ebenso wie engagierte Hauptamtliche kennenzulernen, auf den gegenseitigen Austausch und darauf an Veränderungen teilzuhaben im Sinne von Verbesserungen der Hilfe für Geflüchtete.

„Einem Menschen zu helfen mag nicht die Welt verändern, aber es kann die Welt für diesen einen Menschen verändern“

(Unbekannt)

Frau Hees, wir danken für Ihre Antworten und wünschen Ihnen alles Gute für Ihre neuen Aufgaben. Frau Hees ist erreichbar unter:

04521 788-8919 oder per Mail an: b.hees@kreis-oh.de sowie dem Postfach:

ehrenamt-migration@kreis-oh.de

Neue Fachgebiete in der Kreisverwaltung Ostholstein

In der Kreisverwaltung sind in der jüngsten Vergangenheit zwei neue Fachgebiete entstanden, die wie Ihnen heute gerne kurz vorstellen möchten.

Zum einen wurde die Ausländerbehörde Ostholstein „geteilt“ und neben dem Aufenthaltsbereich das neue Fachgebiet „Einbürgerung“ geschaffen. Die Fachgebietsleiterin ist Frau Ilona Scharmentke. Sie erreichen Frau Scharmentke unter der 04521 788 8918.

Darüber hinaus ist im Fachdienst Kindertagesbetreuung, Schule, Sport und BAföG das neue Fachgebiet „Kompetenzteam Inklusion“ entstanden.

Frau Jana Sorge und ihr Team bieten Unterstützung und Beratung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen auf dem Weg zu einem inklusiven frühkindlichen Bildungs- und Betreuungssystem. Inklusion wird als Prozess betrachtet, der alle Beteiligten miteinbezieht und in dem die ganze menschliche Vielfalt berücksichtigt wird: Behinderung, kulturelle und soziale Herkunft, Sprache und sexuelle Identität werden mitbedacht.

Frau Sorge ist für das Fachpersonal der Kindertagesbetreuung in Ostholstein erreichbar unter 04521 788 833 oder j.sorge@kreis-oh.de.

Erneuerung der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt



Am 21.02.2024 hat der Landrat Timo Gaarz für den Kreis Ostholstein erneut die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Der Kreis Ostholstein positioniert sich damit zu Vielfalt und Diversität. Die Kreisverwaltung ist in ihrem Verwaltungshandeln zwar neutral, allerdings hat sie klare Wertevorstellungen: Sie ist deshalb nicht neutral,

wenn es um Respekt gegenüber anderen Menschen geht. Die Kreisverwaltung steht für Demokratie, unsere Grundrechte, Meinungsfreiheit, gegen Ausgrenzung, gegen Hass und Hetze.

Besuch von Ministerin Touré beim Kreis Ostholstein zum Austausch zum Thema Integration und Teilhabe

Aminata Touré war in Eutin zum Austausch mit Landrat Timo Gaarz, den Koordinierungsstellen für Integration und Teilhabe aus dem Migrationsmanagement und ihren Vorgesetzten aus dem Fachbereich Soziales, Jugend, Bildung und Sport. Das Land fördert mit über 6 Mio. Euro Koordinierungsstellen für Integration und Teilhabe für alle Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein.



Aktionswochen für Demokratie und bunte Vielfalt in Ostholstein

Das „Aktionsnetzwerk für Demokratie und Erinnerung in Ostholstein“ welches an die Gedenkstätte in Ahrensbök angeschlossen ist veranstaltet vom 23.05.2024 bis zum 22.06.2024 die Aktionswochen für Demokratie und bunte Vielfalt in Ostholstein.

Geplant sind verschiedene Veranstaltungen, wie die Geburtstagsfeier des Grundgesetzes am 23.05.24 in Neustadt oder auch ein „Markt der Möglichkeiten – für Vielfalt, gegen rechts“ am 01.06.2024 auf dem Marktplatz in Eutin. Interessierte können sich gerne melden, um eigene Ideen einzubringen oder geplante Angebote zu unterstützen. Kontaktieren Sie dazu gerne Herrn Conny Langkam unter c.langkam@gedenkstaetteahrensboek.de.

Auch das Migrationsmanagement wird anlässlich der Demokratiewochen eine Veranstaltung anbieten. Am 20.06.2024 findet in Kooperation mit dem Regionalen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus von 17:30 - 20:30 Uhr der Workshop "Argumentieren gegen rechte Parolen" im Vogthaus in Eutin statt. Die Plätze sind begrenzt. Den Start der offiziellen Anmeldung entnehmen Sie bitte der Presse.

Fotoausstellung anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus



Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus und des Weltfrauentages zeigten vom 08.03. bis 25.03.2024 der Kreis Ostholstein, die Stadt Eutin, die VHS Eutin und die Kreisbibliothek Eutin die Wanderausstellung „Weltenfrauen – Im Gewand der Vielfalt“. Die Ausstellung wurde am Weltfrauentag, dem 08. März 2024 in der Kreisbibliothek Eutin, mit einer öffentlichen Vernissage feierlich eröffnet. Zu Gast waren die Landesbeauftragte

für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, Frau Doris Kratz-Hinrichsen, Frau Kreispräsidentin Petra Kirner und der Bürgervorsteher der Stadt Eutin, Herr Dr. Andreas Zabel.

Mit einem respektvollen Augenmerk auf Frauen widmet sich die Fotoausstellung der Freiburger Fotografin Ellen Schmauss der bunten Vielfalt unserer Gesellschaft. „Weltenfrauen – Im Gewand der Vielfalt“ zeigt Portraits von Frauen in traditionellen Gewändern ihrer Herkunftsländer. Die würdevollen Portraits werfen Licht auf die Diversität unserer sich wandelnden Gesellschaft in Deutschland. Durch das fotografische Spiel mit landesspezifischen Stoffen und Kleidung nimmt die Ausstellung den Zuschauer mit auf die individuelle Spurensuche der dargestellten Frauen nach ihren Wurzeln, der eigenen Identität und ihrem daraus gewachsenen Frauenbild.

Klönschnack zum Ehrenamt im Kreis Ostholstein

Am Donnerstag, den 25.04.2024 findet von 17:30 bis 19:30 Uhr der nächste „Klönschnack zum Ehrenamt“ statt. Die offene Netzwerkrunde richtet sich an alle interessierten Akteur:innen im Ehrenamt in Ostholstein, natürlich auch in der Geflüchtetenhilfe.

Interessierte melden sich gerne bis zum 18.04.2024 bei Sarah Bröker, broeker@lebenshilfe-ostholstein.de oder Tel. 0175 5898931 oder kommen einfach vorbei. Wie immer ist für Getränke und einen leckeren Imbiss gesorgt.

Wo: NTSV Strand08
Poststraße 36d
23669 Timmendorfer Strand

Programm: 1. Ankommen
2. Vorstellung der möglichen Fördermittel
3. Was kann ich gut? Was ist mein „Mehrwert“?
4. Bildungskarte mit Referentin Nadine Schmetzer vom Kreis OH
(zuständig für das Thema Bildungskarte)
19:30 Uhr Ende der Veranstaltung

Fachtag Sprache am 11.07.2024 in Eutin

Sprache ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration geflüchteter Menschen in Deutschland. So ist die Integration in den Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Teilhabe von einem erfolgreichen Spracherwerb abhängig.

Insbesondere seit dem Anstieg der Zuwanderung von Schutzsuchenden aus der Ukraine ist der Bedarf an Sprachkursplätzen stark gestiegen. Dieser gestiegene Bedarf ist auf einen Lehrkräftemangel und fehlende Räumlichkeiten als Folge der Corona-Pandemie getroffen. Außerdem fehlt es an Verwaltungspersonal. Die Sprachkursträger haben in den vergangenen zwei Jahren große Anstrengungen unternommen, um trotz dieser Umstände das Kursangebot auszubauen. Jedoch sind sie mittlerweile an den Grenzen ihrer Kapazitäten angelangt, ohne dass die Angebote die Bedarfe decken können. Diese Situation wird sich mit dem Jobturbo und der Einführung neuer Berufssprachkurse durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weiter verschärfen.

Aus diesem Grund plant das Migrationsmanagement einen Fachtag zum Thema „Sprache“ im Kreis Ostholstein am

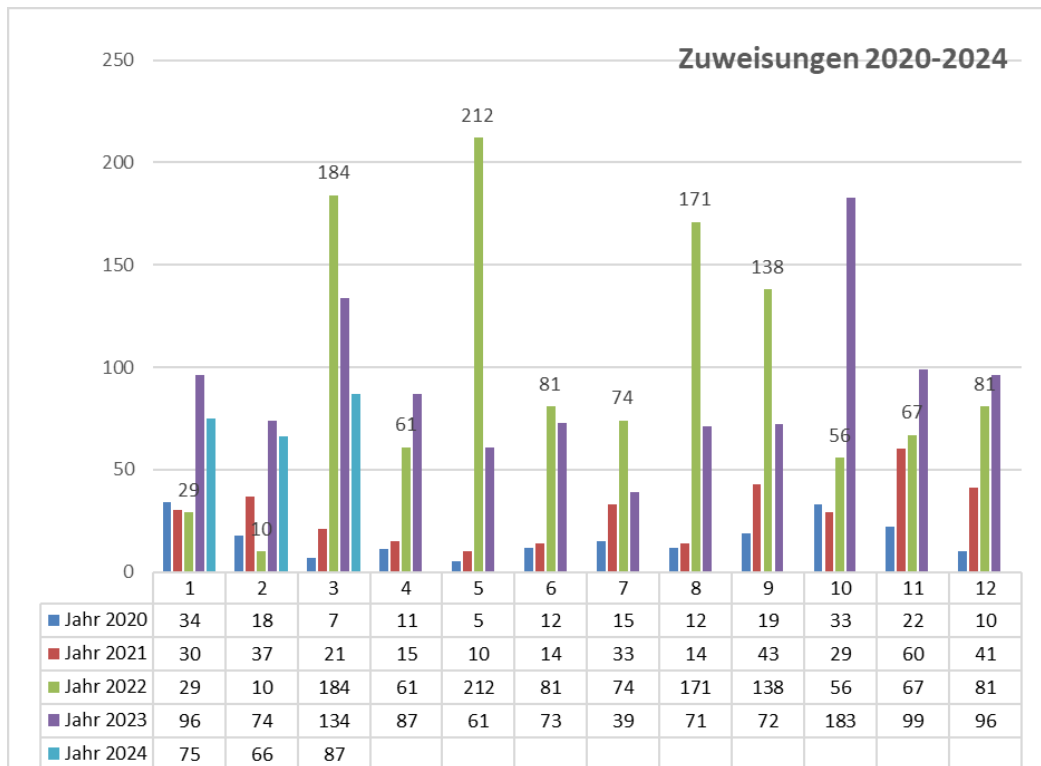
11. Juli 2024 um
9:30 bis 16:00 Uhr
im Ostholstein-Saal.

Ziel dieses Fachtags ist es zunächst die verschiedenen Akteur:innen im Bereich der Sprachförderung auf den gleichen Kenntnisstand zu bringen, so dass die zum Teil sehr unterschiedlich wahrgenommenen Herausforderungen und Bedarfe diskutiert und schließlich gemeinsame Lösungen entwickelt werden können.

Hierfür werden Referent:innen eingeladen, die Best-Practice-Beispiele aus anderen Kreisen vorstellen. Darüber hinaus werden die Teilnehmenden in Workshops lokale Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze diskutieren.

Zuweisungen 1. Quartal 2024

Im 1. Quartal 2024 wurden dem Kreis Ostholstein vom Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge 228 Menschen zugewiesen.



Migration in Zahlen für den Zeitraum 01. Januar bis 31. März 2024

Im Zeitraum 01. Januar bis 31. März 2024 wurden dem Kreis Ostholstein vom Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge insgesamt 228 Geflüchtete zugewiesen.

Familienstand:

Darunter waren 38 Familien mit Kindern was einer Personenanzahl von 165 und somit 72,4% der Geflüchteten entspricht. Der Anteil der Familien bleibt somit auf einem hohen Niveau stabil. Etwa 34% (77) der Personen waren Kinder.

Herkunft:

Die fünf Hauptherkunftsstaaten der zu uns verteilten Geflüchteten sind die Ukraine (93; das entspricht ca. 41% aller Zugewiesenen), die Türkei (47), Syrien (36), Afghanistan (13) und aus der Russischen Föderation (11).

Aktuelles aus Schleswig-Holstein

Auszüge aus dem Zuwanderungsbericht Schleswig-Holstein Februar 2024

„Im Februar 2024 wurden 556 Schutzsuchende ohne Ukraine-Bezug in Schleswig-Holstein erfasst. Das sind rund 6 Prozent weniger als im Februar 2023. Die häufigsten Herkunftsländer waren Syrien (182), Afghanistan (139) und Türkei (47).

Die Zahl der Vertriebenen aus der Ukraine, die in den Landesunterkünften aufgenommen wurden, lag im Februar bei 386. Das ist ein deutlicher Rückgang gegenüber Januar mit einer Aufnahme von 545 Menschen aus dieser Gruppe. In Schleswig-Holstein waren laut Ausländerzentralregister am 03.03.2024 37.943 Vertriebene aus der Ukraine erfasst.

Die durchschnittliche Belegung der Landesunterkünfte im Februar lag bei 5.044 Personen. Das ist ein leichter Rückgang gegenüber dem Vormonat.

Die Zahl der vom Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge auf die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein verteilten Flüchtlinge und Vertriebenen lag im Januar bei 974.

Im Februar 2024 sind 69 vollziehbar ausreisepflichtige Personen freiwillig ausgewandert. 19 Personen wurden abgeschoben, 13 nach dem Dublin-Verfahren in zuständige europäische Länder überstellt.

Mit einer Auftaktveranstaltung in Neumünster hat das Projekt „Integrierte Rückkehrberatung und Reintegration im LaZuF“ am 27. Februar seine Arbeit aufgenommen. Projektziel ist der strukturierte Ausbau der staatlichen Rückkehrberatung für rückkehrverpflichtete und rückkehrwillige Drittstaatsangehörige und die Übernahme in Verwaltungsabläufe. Projektpartner DSIK (Deutschen Sparkassenstiftung für internationale Kooperation) bietet in diesem Rahmen niedrigschwellige Qualifizierungsangebote, die unternehmerisches Know-how vermitteln und einen Neustart im Herkunftsland erleichtern sollen. Auch zum Diakonischen Werk Schleswig-Holstein mit seinen bereits vorhandenen Rückkehrberatungsstellen besteht eine enge Projektpartnerschaft. Die Kosten werden zu 90 Prozent aus AMIF-Mitteln getragen. AMIF ist der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union. Erste Arbeiten hatten bereits im Herbst 2023 begonnen. Insgesamt ist das Projekt auf drei Jahre angelegt und soll im August 2026 abgeschlossen werden.“

Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/LAZUF/Aktuelles/Zuwanderungsbericht/Downloads_zuwanderungsbericht/2024/2024_Februar_Zuwanderungsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Was tun bei diskriminierenden Übergriffen? – Die Meldestellen für rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Schleswig-Holstein

Das Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (LDZ) bündelt die Ressourcen der Bundes- und Landesprogramme in den Bereichen Extremismusprävention und -intervention sowie Demokratieförderung.

Besondere Schwerpunkte liegen hierbei auf der Vorbeugung und Bekämpfung von Rechts- und religiös motiviertem Extremismus sowie von anderen rechtsstaatsfeindlichen Phänomenen wie beispielsweise Islamfeindlichkeit und Homophobie.

Zu diesem Zweck sind an das LDZ verschiedene Beratungs- sowie Fach- und Informationsstellen angeschlossen, von denen wir Ihnen heute einige vorstellen möchten:

Betroffenenberatung beim Zentrum für Betroffene rechter Angriffe:

www.zebraev.de

Das Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V. (ZEBRA) berät Betroffene, Angehörige und Zeug:innen nach rassistischen, antisemitischen und anderen rechtsmotivierten Angriffen. Dazu gehören unter anderem gezielte Sachbeschädigungen, Bedrohungen (auch digital), Nötigungen und tätliche Angriffe. Im Rahmen psychosozialer Beratung bietet ZEBRA professionelle Hilfe in Krisensituationen an. So helfen die Berater:innen beispielsweise dabei, den Angriff zu verarbeiten und das Sicherheitsgefühl wiederherzustellen.

Außerdem leisten sie Unterstützung bei juristischen und finanziellen Fragen. Sie informieren über rechtliche Möglichkeiten wie Anzeige, Nebenklage oder Opferschutz.

Landesweite Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus:

www.lida-sh.de

Die Landesweite Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus (LIDA-SH) in Trägerschaft des Zentrums für Betroffene rechter Angriffe (ZEBRA e.V.) ist eine unabhängige Meldestelle und dokumentiert antisemitische Vorfälle und Angriffe. Dazu zählen auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Die Dokumentation solcher Vorfälle und die

Veröffentlichung strukturierter Auswertungen tragen dazu bei, das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle aufzuhellen und sein Ausmaß öffentlich zu machen. Diese Erkenntnisse sind wichtig für die Entwicklung von Maßnahmen zur Prävention und zur Bekämpfung von Antisemitismus.

PROvention: Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus: <https://provention.tgsh.de/>

PROvention unter Trägerschaft der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. berät Angehörige, Freund:innen, Bekannte und Sozialraumakteur:innen, die mit religiös begründeten, extremistischen Verhaltensweisen und Äußerungen in ihrem Umfeld konfrontiert sind. Bei der Einschätzung und im Umgang mit der Situation bieten die Mitarbeiter:innen Hilfe an und unterstützen dabei, den Radikalisierungsprozess zu unterbrechen. Darüber hinaus hilft die Beratungsstelle Personen, die einen Ausstiegsprozess beginnen und sich von einer menschenfeindlichen Ideologie distanzieren wollen. Die Beratung kann landesweit in verschiedenen Sprachen erfolgen und läuft stets vertraulich und lösungsorientiert ab. Überdies bietet PROvention Lehrer:innen, Geflüchtetenhelfer:innen und anderen Sozialraumakteur:innen ein breites Angebot an Fortbildungen zu den Themen Islam und Islamismus/Salafismus sowie Workshops für Kinder und Jugendliche zu den genannten Themen und zu Islamfeindlichkeit sowie antimuslimischem Rassismus, um eine Sensibilisierung zu schaffen.

Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus: www.rbt-sh.de

Die RBT befinden sich in Trägerschaft des AWO Landesverbands e.V. und der AKJS e.V. (Aktion Kinder- und Jugendschutz). Die RBT beraten Menschen und Institutionen in Schleswig-Holstein, die Informationen zum Thema Rechtsextremismus oder Unterstützung im Umgang mit Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und anderen Symptomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit benötigen oder sich dagegen engagieren wollen. Neben Beratungen bieten sie im Rahmen ihrer Bildungsarbeit zudem Workshops, Fortbildungen und Vorträge für Jugendliche und Erwachsene an. Die Angebote können jeweils niedrigschwellig und kostenlos angefragt werden. Die RBT sind in Schleswig-Holstein an vier Standorten vertreten: in Lübeck, Itzehoe, Flensburg und Kiel.

Die regionalen Büros sind jeweils für die umliegenden Landkreise und freien Städte zuständig und zusätzlich untereinander vernetzt.

Teilprojekt "Schleswig-Holstein Ahoi – Vernetzung solidarischer Flüchtlingshilfe" des Flüchtlingsrats SH e.V.

„Das Projekt Schleswig-Holstein Ahoi! ist ein Teilprojekt im AMIF+ Netzwerk ‚Stärkung und Weiterentwicklung der Aufnahmestrukturen für Geflüchtete in Schleswig-Holstein‘ und macht ab Januar 2024 folgende sowohl analog wie digital zugängliche Angebote:

- Unterstützung von ehren- oder hauptamtlich in der Flüchtlingshilfe Engagierten durch Schulungen und Fortbildungsveranstaltungen
- Stärkung der Zusammenarbeit von solidarischen Initiativen, Selbstorganisationen und hauptamtlichen Berater*innen und den zuständigen öffentlichen Stellen
- Kooperation bei der Empowermentförderung durch Coaching und lokaler und regionaler Selbstorganisation der Geflüchteten
- Thematisch öffentliche Informationsveranstaltungen zu Herkunftsländern, rechtlichen und zielgruppenspezifischen Themen sowie zu Fragen des interkulturellen Zusammenlebens in der Region
- Vernetzte Beratung und Gruppenberatungen
- Veranstaltungen zur Information, Austausch und Vernetzung von ehren- und hauptamtlichen Unterstützer*innen und Zugewanderten

Das Projekt Schleswig-Holstein Ahoi! zielt auf die Vernetzung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements mit Geflüchteten mithilfe von Workshops, Schulung und Informationsveranstaltungen. Das Team von Schleswig-Holstein Ahoi! bietet daher verschiedene Angebote, die die solidarische Flüchtlingshilfe stärken und fördern.

Die Palette an Möglichkeiten ist dabei sehr breit und richtet sich nach den konkreten Bedarfen vor Ort. Es kann sich beispielsweise um fachliche Weiterbildungen handeln, die über rechtliche Zusammenhänge oder notwendige Kenntnisse zum Arbeitsmarktzugang informieren, um Themen der psychischen Gesundheit, des Umgangs mit Traumata oder die Frage: Wie bleibe ich auch bei belastenden Themen oder schweren Schicksalen handlungsfähig?

Neben solchen Angeboten, die aus der Expertise und den Erfahrungen des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e.V. (FRSH) entstehen, sollen zudem Veranstaltungen durchgeführt werden, die sich auf konkrete Bedarfe der Engagierten vor Ort beziehen. Hierfür wird Kontakt mit Engagierten, Initiativen und Ehrenamtskoordinationsstellen sowie mit Geflüchteten selbstorganisationen

aufgenommen. Durch Netzwerktreffen und den offenen Austausch können Bedürfnisse identifiziert werden und entsprechende Weiterbildungen organisiert werden. Durch die Vernetzung von Haupt- und Ehrenamt soll zudem die gemeinsame Arbeit erleichtert werden.

Da die Möglichkeiten für Geflüchtete, sich je nach Wohnort stark unterscheiden, sollen die Angebote vor allem den ländlichen Raum in den Blick nehmen. Wichtige Hilfestellungen wie Beratungsangebote, Sprachkurse oder Partizipationsmöglichkeiten, sind hier oft gering oder können aufgrund von fehlenden oder zu teurem ÖPNV, Intransparenz über Angebote oder zu weiten Entfernungen nicht genutzt werden. Insbesondere hier fördert Schleswig-Holstein Ahoi! daher die Vernetzung und Unterstützung der Engagierten. Durch niederschwellige Angebote soll hier außerdem die ehrenamtliche Arbeit zugänglicher gemacht werden, um mehr Engagierte zu gewinnen.

Auch für die breite Öffentlichkeit bietet Schleswig-Holstein Ahoi! Informationsveranstaltungen, die Hintergrundinformationen über Herkunftsländer oder andere relevante Themen der Geflüchtetenhilfe geben.“

Das Projektteam von Schleswig-Holstein Ahoi! freut sich über eine Kontaktaufnahme, wenn Sie Interesse am Projekt Schleswig-Holstein Ahoi! haben, egal ob Sie als ehrenamtliche Einzelperson oder in einer Organisation tätig sind.

Kontakt:

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.

Projekt Schleswig-Holstein Ahoi! - Vernetzung solidarischer Flüchtlingshilfe

Sophienblatt 82-86

24114 Kiel

Tel. 0431-556-813-57

sh-ahoi@frsh.de

Aktuelles bundesweit

Aufenthaltsrecht für internationale Studierende

Die Bundesregierung wünscht sich mehr Fachkräfte für Deutschland und möchte attraktiver werden für internationale Studierende. Entsprechende Änderungen zum Fachkräfteänderungsgesetz zielen darauf ab, studienvorbereitende Maßnahmen und den Aufenthalt zum Studium zu erleichtern. Auch die aufenthaltsrechtlichen Privilegien für eine anschließende qualifizierte Beschäftigung wurden stark erweitert.

Vom Büro der Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen wurde eine Broschüre erarbeitet, die dazu dient, ausländischen Studierenden einen guten Überblick über ihre aufenthaltsrechtliche Situation und die aktuellen Änderungen zu bieten und ist zu diesem Zweck zweisprachig in Deutsch und Englisch verfasst. Die Broschüre versenden wir mit diesem Newsletter auch zur Weitergabe an Betroffene und Interessierte.

Staatsangehörigkeits-Modernisierungsgesetz

Das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts ist am 26. März 2024 im Bundesgesetzblatt erschienen. Es wird damit in seinen wesentlichen Teilen am 26. Juni 2024 in Kraft treten. Es sieht einige Erleichterungen bei der Einbürgerung vor, für einige Personengruppen entstehen aber auch höhere Hürden. Außerdem werden die Anforderungen, die das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und mögliche Ausschlussgründe betreffen, neu gefasst.

Zusammenfassung einiger Kernpunkte:

- „Die Bundesregierung will die Mehrstaatigkeit ermöglichen und vollzieht damit einen lange überfälligen Paradigmenwechsel. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist ein starkes Bekenntnis zu Deutschland. Viele Zugewanderte fühlen sich als Deutsche, wollen aber den Bezug zu ihrem Herkunftsland nicht vollständig kappen. Künftig wird von ihnen nicht mehr verlangt, einen Teil ihrer Identität aufzugeben.
- Mit dem Gesetzentwurf sollen Anreize zur Integration geschaffen werden, statt Hürden aufzubauen und lange Vorlaufaufenthaltszeiten zu verlangen. So werden die Voraufenthaltszeiten vor der Einbürgerung von bisher acht auf fünf Jahre beziehungsweise bei besonders guter Integration auf drei Jahre verkürzt.

- In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit mehr als fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt, denn Studien belegen: je früher Kinder und Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, desto besser ihre Bildungschancen.
- Für ehemalige Gastarbeiter reichen künftig mündliche Sprachkenntnisse. Ein Einbürgerungstest ist nicht mehr erforderlich. Damit würdigt die Bundesregierung die Lebensleistung der sogenannten Gastarbeitergeneration für unser Land. In besonderen Härtefällen kann das Einbürgerungserfordernis ausreichender Deutschkenntnisse auf mündliche Kenntnisse reduziert werden.
- Das Einbürgerungserfordernis der Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse wird durch konkrete Ausschlussgründe ersetzt. Ausgeschlossen ist eine Einbürgerung bei Mehrehe oder Missachtung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.
- Es wird klargestellt, dass antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und eine Einbürgerung ausschließen.
- Das Verfahren der Sicherheitsabfrage wird digitalisiert und beschleunigt. Zugleich wird die Liste der abzufragenden Behörden um die Sicherheitsbehörden erweitert, die auch in den Beteiligungsverfahren nach Aufenthalts- und Vertriebenenrecht eingebunden sind.“ (Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/modernisierung-staatsangehoerigkeitsrecht-2215610>)

Ausführliche Informationen zum Staatsangehörigkeits-Modernisierungsgesetz finden Sie unter <https://www.asyl.net/view/staatsangehoerigkeits-modernisierungsgesetz-im-bundesgesetzblatt-erschiene>.

Europawahl 2024

Rund 350 Millionen wahlberechtigte Bürger:innen der Europäischen Union sind bei der Europawahl vom 6. bis 9. Juni 2024 aufgerufen, das zehnte Europaparlament zu wählen. In Deutschland wird am Sonntag, dem 9. Juni 2024 gewählt.

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sowie alle in Deutschland wohnhaften Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

„Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die in Deutschland wohnen, können in Deutschland an der Europawahl teilnehmen, wenn sie am Wahltag

- das 16. Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung innehaben oder sich gewöhnlich aufhalten und
- weder in der Bundesrepublik Deutschland noch im Herkunfts-Mitgliedstaat vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.“

Eine Unionsbürgerin oder ein Unionsbürger, die oder der in Deutschland an der Wahl teilnehmen möchte, muss im Wählerverzeichnis eingetragen sein.

1. Eintragung von Amts wegen

Wahlberechtigte Unionsbürgerinnen und Unionsbürger werden von Amts wegen von der zuständigen Gemeinde in ein Wählerverzeichnis eingetragen, wenn sie auf ihren Antrag hin bei der Wahl vom 13. Juni 1999 oder einer späteren Wahl zum Europäischen Parlament in ein Wählerverzeichnis in der Bundesrepublik Deutschland eingetragen worden waren, sofern sie – ohne zwischenzeitlichen Wegzug in das Ausland – am 42. Tag vor der Wahl (= 28. April 2024) bei einer Meldebehörde gemeldet sind. Sie erhalten dann wie alle Wahlberechtigten von der Gemeindebehörde spätestens bis zum 21. Tag vor der Wahl eine Wahlbenachrichtigung.

Nach einem Wegzug aus Deutschland und erneutem Zuzug in die Bundesrepublik Deutschland muss erneut ein Antrag auf Eintragung in ein Wählerverzeichnis gestellt werden.

2. Eintragung auf Antrag

Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die nicht von Amts wegen in ein Wählerverzeichnis eingetragen werden (siehe Nummer 1), müssen einen förmlichen Antrag auf Eintragung in ein Wählerverzeichnis stellen. Der Antrag muss spätestens am 21. Tag vor der Wahl (= 19. Mai 2024) bei der Gemeinde am Wohnort eingehen. Die Frist kann nicht verlängert werden.

Der Antrag muss **persönlich** und **handschriftlich** von der Antragstellerin beziehungsweise dem Antragsteller unterzeichnet sein und der Gemeinde **im**

Original übermittelt werden. Eine Einreichung per E-Mail oder Fax ist nicht ausreichend.

Das Antragsformular können Sie als PDF-Datei unter dem folgenden Link herunterladen. Es enthält Ausfüllhinweise in einem Merkblatt. Gedruckte Antragsformulare sind bei den Wahlämtern der Gemeinden erhältlich“:
https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/d975b44c-d57d-439a-b290-7ff6b956ccb4/euwo_anlage-2a_ausfuellbar.pdf

Quelle mit Hinweisen auf die die Rechtsgrundlagen:

<https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/informationen-waehler/unionsbuerger.html#9cd23597-5c6e-48a8-b890-3a0bbe239b87>

Medienempfehlung

Podcast-Reihe „Einwanderungsland“

Der Mediendienst Integration bietet in diesem Jahr eine neue Podcast-Reihe „Einwanderungsland“ an. In etwa 20 Minuten gibt es Fakten, Hintergründe und Einordnungen zu aktuellen Migrationsthemen. Verständlich erklärt von Fachleuten aus Wissenschaft und Gesellschaft für alle, die beim Thema Migration das größere Bild verstehen wollen.

Die ersten vier Folgen sind kostenlos abrufbar unter : <https://mediendienst-integration.de/podcast.html>.

Terminkalender

Präsenz-Fortbildung: „Strafrechtliche Ermittlungen im asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren“

Datum: 10. April 2024, 9:30 – 12:00 Uhr

Ort: Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Veranstaltende: Büro der Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen und Diakonie Schleswig-Holstein

Beschreibung: Strafrechtliche Ermittlungsverfahren und strafrechtliche Verurteilungen, aber auch Ordnungswidrigkeitsverfahren und Bußgeldbescheide können Konsequenzen im asylrechtlichen oder aufenthaltsrechtlichen Verfahren Geflüchteter haben. Dabei ist zu unterscheiden zwischen solchen Straftatbeständen oder Ordnungswidrigkeiten, die einen Zusammenhang zum Asyl- oder Aufenthaltsrecht haben und allgemeinen Straftatbeständen und

Ordnungswidrigkeiten. Betroffen sein können nicht nur die Geflüchteten selbst, sondern auch Menschen, die Geflüchtete unterstützen, sei es haupt- oder ehrenamtlich.

In der Fortbildung stellen wir wichtige Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten vor, informieren über Grundzüge der Verfahren und geben praktische Hinweise. Die Fortbildung richtet sich sowohl an Hauptamtliche der Migrations- oder Jugendmigrationsberatung als auch an Ehrenamtliche.

Referentinnen: Dr. Regine Nowack, Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Dr. Julia Trinh, Büro der Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfrage

Anmeldung: <https://www.diakonie-sh.de/veranstaltungen/detail/strafrechtliche-ermittlungen-im-asyl-und-aufenthaltsrechtlichen-verfahren>

Resilienz in der Zivilgesellschaft stärken

– Engagement und Ehrenamt fördern

Datum: 22. April 2024, um 19:00 Uhr

Ort: Niemannsweg 78, Kiel

Veranstaltende: Hermann Ehlers Stiftung & Akademie

Beschreibung: „Zivilgesellschaftliche Organisationen, Initiativen und Bewegungen leisten unverzichtbare Beiträge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zu gleichwertigen Lebensverhältnissen und zur Demokratie – Grundlagen, auf die der Staat angewiesen ist, die er aber nicht selbst garantieren kann. Eine eigensinnige, innovative und auch widerständige Zivilgesellschaft zu fördern, muss deshalb im allgemeinen Interesse sein. Allein der Staat aber wird es nicht richten. Wie die Resilienz der Zivilgesellschaft gestärkt und bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt effektiv gefördert werden können, soll Thema der Keynote sein.“

Anmeldung: <https://www.hermann-ehlers.de/anmeldung-zur-veranstaltung/?vid=13440>

Ringvorlesung: Was ist Antisemitismus? Neun Probleme der Begriffsbildung eines voraussetzungsreichen Konzepts

Datum: 24. April 2024, 16:15-17:45 Uhr

Ort: Zoom (online)

Veranstaltende: Fachhochschule Kiel (Prof. Dr. Bedia Akbas und Prof. Dr. Melanie Groß)

Beschreibung: Die Antwort auf die Frage nach der Bedeutung des Wortes Antisemitismus scheint leicht: Feindschaft gegen Jüdinnen*Juden und das Judentum. Doch ein Blick in bald mehr als 100 Jahre Forschungsliteratur zeigt

schnell und deutlich: so leicht ist es offensichtlich gar nicht. Denn wie ist ein Gegenstand begrifflich zu fixieren, der einerseits auf eine kulturelle Tradition bis in die griechisch-römische Antike und das pharaonische Ägypten zurückweist, andererseits aber insbesondere ‚Antworten‘ (wie verzerrt und verschwörungstheoretisch auch immer) auf genuin moderne Problemfelder wie Kapitalismus, Nationalstaaten, Individualisierung usw. zu geben verspricht? Ist es überhaupt möglich, einen historischen Gegenstand, der steter Entwicklung unterliegt, zu definieren? Wird er dann nicht schon jeder Kontextualität und Komplexität beraubt? Wenn man glaubt, dass eine definitorische Fassung wohl möglich und sinnvoll ist, gelangt man sofort zur Folgefrage, wie denn seine Abgrenzung erfolgen müsste. „Definieren“ kommt schließlich vom lateinischen Wort für abgrenzen. Dann wären Fragen wie die folgenden zu stellen: Was macht den Antisemitismus aus, was nicht für beispielsweise Ethnozentrismus oder Rassismus gilt? Was sind seine besonderen Kennzeichen? Oder: Ist der Philosemitismus sein Gegenstück oder doch eine Teilmenge, die nur (scheinbar) die Vorzeichen umkehrt? Der Vortrag geht auf neun Probleme oder Herausforderungen der Begriffsbildung von Antisemitismus ein und erläutert, wie eine heterogene Antisemitismusforschung bisher damit umgegangen ist. Ziel ist nicht die Fassung eines verbindlichen Verständnisses, sondern Schaffung von Einsicht darin, dass die Komplexität, Kontextualität und Multiperspektivität bei dem Thema konstitutiv sind und die Suche nach einem allgemeinverbindlichen Begriff zwar verständlich, aber doch uneinholbar ist.

Referent: Dr. Dr. Peter Ullrich (TU Berlin/Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Anmeldung: Nicht-Hochschulmitglieder können sich für den Stream per E-Mail anmelden unter ringvorlesung.sg@fh-kiel.de

Klönschnack zum Ehrenamt im Kreis Ostholstein

Datum: 25. April 2024, 17:30-19:30 Uhr

Ort: NTSV Strand08, Poststraße 36, 23669 Timmendorfer Strand

Veranstaltende: Beratungsstelle Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe vom Kreis Ostholstein, Koordinierungsstelle Ehrenamt in der Geflüchtetenhilfe und der Ostseesportverein Scharbeutz e.V.

Anmeldung: an Sarah Bröker per Mail broeker@lebenshilfe-ostholstein.de oder telefonisch 0175 5898931

Die Veranstaltung richtet sich an alle Engagierten aus allen Sparten und Menschen, die sich für ein Ehrenamt interessieren.

Online-Werkstattgespräch „Kommunale Schutzkonzepte für die Unterbringung von Geflüchteten – Beispiele guter Praxis, Gelingensbedingungen und Handlungsempfehlungen“

Datum: 30. April 24, 9:30 - 12:30 Uhr

Veranstaltende: Bundesinitiative "Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften"

Beschreibung: „Unter dem Titel „Kommunale Schutzkonzepte für die Unterbringung von Geflüchteten – Beispiele guter Praxis, Gelingensbedingungen und Handlungsempfehlungen“ bietet die Servicestelle Gewaltschutz flankierend zur Veröffentlichung der Publikation ein Online-Werkstattgespräch für interessierte Vertreter:innen von Landes- und kommunalen Behörden, Vertreter:innen aus der Wissenschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen, Betreiberorganisationen sowie interessierte Praktiker:innen an.

Ziel der Veranstaltung ist es, die Erkenntnisse der Publikation vorzustellen und in einem offenen Austausch - neben Herausforderungen und Chancen von Schutzkonzepten - auch Transfermöglichkeiten der vorgestellten Praxisbeispiele zu diskutieren.“

Anmeldung: <https://www.gewaltschutz-gu.de/veranstaltungen/online-werkstattgespraech-2024-1>

Workshop: Empowerment für politisch Engagierte

Datum: 04. Mai 2024, 10:00 bis 15:00 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Ostholstein

Veranstaltende: Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Ostholstein

Beschreibung: „Im Rahmen des *Aktionsprogramms Kommune: Mehr Frauen in die Politik!* laden die Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Ostholstein zu einem Empowerment Workshop ein! Unter dem Titel: *Kommunikationsstrategien für das politische Parkett* wird es darum gehen, schwierige Situationen und Gespräche selbstbewusst zu führen und Konfliktsituationen schlagfertig entschärfen.

Zielgruppe sind aktive und an Kommunalpolitik interessierte Frauen.

Empowerment für Frauen auf dem politischen Parkett: Mit überzeugenden Kommunikationsstrategien und mit den „Goldenen Regeln der Kommunikation“, überzeugender Haltung und Stimme sowie der Vermeidung typischer „Kommunikationsfallen“ sind Sie bestens gerüstet. Schlagfertigkeit kann man lernen! In diesem Workshop erhalten Sie theoretischen Input und viele praxistaugliche Tipps, die Sie sofort umsetzen können. Situationen aus der Praxis werden in einem wertschätzenden, vertrauensvollen Rahmen durchgespielt. In

Einzel, Team- und Gruppenarbeit erhalten Sie wertvolle Impulse und Ideen für schwierige Situationen und Gespräche.

Unsere erfahrene Referentin Nicola Sieverling (Hamburg/Travemünde) arbeitet als Kommunikationsprofi und Beraterin. Sie war jahrelang Politikredakteurin beim Springer-Verlag und kennt die politischen „Machtspielchen“. Ihr Fachwissen gibt sie mit Tiefgang, Leichtigkeit und Humor weiter.

Ziel dieses Seminars: Mehr Selbstvertrauen und Sicherheit für schwierige Gesprächssituationen erlernen und anhand konkreter Situationen bestens auf brenzlige Situationen vorbereitet sein.“

Anmeldung: bis 25. April 2024 unter a.boos@kreis-oh.de

Ringvorlesung: Antisemitische Einstellungen in der Migrationsgesellschaft

Datum: 15. Mai 2024, 16:15-17:45 Uhr

Ort: Zoom (online) oder Sokratesplatz 1 24149 Kiel, C02 Großes Hörsaalgebäude-H8

Veranstaltende: Fachhochschule Kiel (Prof. Dr. Bedia Akbas und Prof. Dr. Melanie Groß)

Beschreibung: Auch wenn der Antisemitismus seine tiefreichenden Wurzeln im deutsch-europäischen Raum besitzt, gewinnen gegenwärtig im transnationalen Raum antisemitische Einstellungen und Argumentationen auch an Einfluss in verschiedenen migrantisierten Milieus. Die aktuellen Entwicklungen im Kontext des Konflikts um Israel-Palästina haben insbesondere gezeigt, welche Formen und Dynamiken antisemitische Einstellungen einnehmen können. Daher möchte diese Veranstaltung anlehnend an das Phänomen der

Ungleichwertigkeitsideologien die unterschiedlichen Ursachen, Formen und Dynamiken von antisemitischen Einstellungen in migrantisierten Communities – auch anlehnend an aktuelle Diskussionen und Entwicklungen – näher problematisieren und diskutieren.

Referent: Prof. Dr. Kemal Bozay (IU Internationale Hochschule Köln, Zentrum für Radikalisierungsforschung und Prävention (ZRP))

Anmeldung: Nicht-Hochschulmitglieder können sich für den Stream oder die Präsenzveranstaltung per E-Mail anmelden unter ringvorlesung.sg@fh-kiel.de

1. Netzwerkkonferenz - Landesnetzwerk Migrantenorganisationen

Schleswig-Holstein – LaNeMo SH

Datum: 27. Mai 2024, 14:00- 18:00 Uhr

Ort: Kiek in!, Gartenstraße 32, 24534 Neumünster

Veranstaltende: der Paritätische Schleswig-Holstein u.a.

Beschreibung: „Migrantenorganisationen sind für die Integrationspolitik und die Zivilgesellschaft wichtige Akteur*innen. Vorhandene Wissenslücken über zielgerichtete Kooperationen zwischen allen Beteiligten sowie fehlende passgenaue Förderung von Migrantenorganisationen erschweren häufig das Engagement und die Zusammenarbeit. Daher möchten wir mit Ihnen die Bedarfe von Migrantenorganisationen ermitteln und die Bedeutung von Netzwerken und Netzwerkarbeit erörtern und diskutieren. Ziel ist es Vorschläge zu entwickeln, um das Engagement und die Arbeit von Migrantenorganisationen zu stärken.“

Kontakt: terre@paritaet-sh.org

Netzwerk zur Strukturverbesserung der gesundheitlichen und sozialen Versorgung von Flüchtlingen im Kreis Ostholstein

Datum: 05. Juni 2024, 15:00-17:00 Uhr

Veranstaltende: Diakonisches Werk im Kirchenkreis Ostholstein

Ort: Schloßstraße 13, 23701 Eutin

Anmeldung: daniel.hettwich@kk-oh.de

Migrationsforums Ostholstein

Datum: 12. Juni 2024, 15:30-17:00 Uhr

Ort: Kreishaus, Ostholstein-Saal, Lübecker Str. 41, 23701 Eutin

Veranstaltende: Migrationsforum Ostholstein

Anmeldung: migrationsmanagement@kreis-oh.de

Ringvorlesung: Antisemitismus in pädagogischen und psychologischen Handlungsfeldern – Leerstellen und Herausforderungen

Datum: 12. Juni 2024, 16:15-17:45 Uhr

Ort: Zoom (online) oder Sokratesplatz 1 24149 Kiel, C02 Großes Hörsaalgebäude-H8

Veranstaltende: Fachhochschule Kiel (Prof. Dr. Bedia Akbas und Prof. Dr. Melanie Groß)

Beschreibung: „Antisemitismus manifestiert sich als Ungleichheitsverhältnis und Gewaltform in unterschiedlichen Sozialräumen und tritt verstärkt in institutionellen

Kontexten in Erscheinung. Die Kontinuität antisemitischer Strukturen und die zunehmende Intensität antisemitischer Vorfälle verweisen auf die Notwendigkeit, den Umgang mit Antisemitismus zu professionalisieren und strukturell zu verankern. Erst mit der zunehmenden Thematisierung des gegenwärtigen Antisemitismus aus jüdischen Perspektiven entwickelten sich in den letzten Jahren antisemitismuskritische und intersektionale Perspektiven auf strukturellen und institutionellen Antisemitismus. Der Vortrag stellt auf der Basis von empirischen Studien zu Antisemitismus in pädagogischen und psychologischen Kontexten die zentralen Herausforderungen dar und zeigt praxisgerichtete Handlungsoptionen auf.“

Referentin: Marina Chernivsky (Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung / OFEK e.V.)

Anmeldung: Nicht-Hochschulmitglieder können sich für den Stream oder die Präsenzveranstaltung per E-Mail anmelden unter ringvorlesung.sg@fh-kiel.de

Workshop "Argumentieren gegen rechte Parolen"

Datum: 20. Juni 2024, 17:30-20:30 Uhr

Ort: Vogthaus, 23701 Eutin

Veranstaltende: Migrationsmanagement und Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus

Anmeldung: Hinweise zum Anmeldeverfahren entnehmen Sie der Presse.

Fachtag „Sprache in Ostholstein“

Datum: 11. Juli 2024

Ort: Kreishaus, Ostholstein-Saal, Lübecker Str. 41, 23701 Eutin

Veranstaltende: Kreis Ostholstein (Migrationsmanagement)

Anmeldung: migrationsmanagement@kreis-oh.de oder 04521 788-617

Veranstaltungshinweise für die nächste Ausgabe des Newsletters nehmen wir bis zum 15. Juni 2024 entgegen unter migrationsmanagement@kreis-oh.de.

Kontakt

Migrationsmanagement

migrationsmanagement@kreis-oh.de

Frau Lisa-Marie Haafke Tel. 04521 788-617

l.haafke@kreis-oh.de

Frau Liane Schnee Tel. 04521 788-532

l.schnee@kreis-oh.de

Migrationsberatung

migrationsberatung@kreis-oh.de

Frau Giovanna Di Prima Tel. 04521 788-625

g.diprima@kreis-oh.de

Frau Amalia Wunderlich Tel. 04521 788-413

a.wunderlich@kreis-oh.de

Datenschutz

E-Mail-Adressen, die Sie im Rahmen der Bestellung von diesem Newsletter angeben, werden ausschließlich für den Versand und die Evaluation dieses Informationsangebotes verwendet. Die Datenschutzerklärung ist auf der Homepage des Kreises unter www.kreis-oh.de einsehbar.

Impressum

Kreis Ostholstein
Fachdienst Soziale Hilfen
Lübecker Straße 41
23701 Eutin



charta der **vielfalt**

UNTERZEICHNET

1. Auflage: April 2024

Gefördert durch:



Schleswig-Holstein
Ministerium für Soziales, Jugend,
Familie, Senioren, Integration
und Gleichstellung